

Koschyk verteidigt Friedrichs Aussagen zu Griechenland

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
KLAUS ANGERSTEIN

Bayreuth – In der CSU-Landesgruppe im Bundestag herrschte gestern vor der Abstimmung über das Rettungspaket für Griechenland noch Einigkeit. Nach intensiver Diskussion hieß es, man werde der Hilfe für den EU-Partner zustimmen – und zwar einstimmig. Hartmut Koschyk, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, bezog Innenminister Hans-Peter Friedrich hier ausdrücklich mit ein. Die beiden kennen sich seit vielen Jahren. Friedrich ist Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberfranken, Koschyk einer seiner Stellvertreter. Weshalb Koschyk

freimütig bekennt, er habe durchaus Verständnis für Friedrichs Meinung, die in dieser Form allerdings auch keine neue Linie erkennen lasse. Seinem Parteifreund sei es vielmehr um einen Nachdenkungsprozess gegangen. Die Frage sei, was passiere, wenn Griechenland von sich aus ein Ausscheiden aus dem Euroverbund wünsche. So weit sei man noch nicht, aber im Falle Griechenlands gebe es inzwischen mehrere denkbare Szenarien.

Sämtliche Auflagen erfüllt

Derzeit, so Koschyk, liege Griechenland fraglos auf Kurs. Alle Parteien des Landes, auch die Opposition, hätten im Parlament sämtlichen Auflagen der

EU-Troika zugestimmt. Vor diesem Hintergrund würden Hans-Peter Friedrich und mit



Hartmut Koschyk

dem Euroverbund wünschen sollte, könne man sich einem solchen Wunsch kaum entziehen. Hier teile er, Koschyk, Friedrichs Meinung. In dieser Frage

ihm die gesamte CSU-Landesgruppe dem Rettungspaket die Zustimmung nicht verwehren.

Wenn dagegen eine neu gewählte griechische Regierung ein Ausscheiden aus

dem Euroverbund wünschen sollte, könne man sich einem solchen Wunsch kaum entziehen. Hier teile er, Koschyk, Friedrichs Meinung. In dieser Frage

sei Freiwilligkeit die höchste Priorität. Dann müsste jedoch überlegt werden, wie Griechenland auch außerhalb des Euroverbunds geholfen werden könne, um wirtschaftlich wieder eine Perspektive zu bekommen.

Der Meinung, den Griechen würde mit dem harten Sparkurs zu viel zugemutet, wollte Koschyk sich nicht anschließen. Schließlich müssten auch die Iren und die Portugiesen einen harten Sparkurs fahren. Und zudem gelte es auf der anderen Seite ein Land wie Slowenien im Auge zu behalten. Das noch relativ junge EU-Mitglied müsste dem Hilfspaket zustimmen, obwohl die Mindestlöhne dort deutlich unter denen Griechenlands liegen würden.